

Resolution zur Solidarität mit den Flüchtlingen in Bayern

Seit dem 26. Januar 2010 boykottieren mehr als 25 Bewohnerinnen und Bewohner der Flüchtlingslager in Hauzenberg und Breitenberg/Niederbayern, Landkreis Passau, die Annahme der Essenspakete, die sie anstelle von Bargeld als minderwertige Verpflegung bekommen. 19 Flüchtlinge in Hauzenberg und Breitenberg sind darüber hinaus in unbefristeten Hungerstreik getreten, sie verweigern die Aufnahme fester Nahrung.

Die **19. Ordentliche Bezirkskonferenz des DGB Bayern** solidarisiert sich mit den Hungerstreikenden Flüchtlingen in Hauzenberg und Breitenberg, die auf diese Weise auf ihre untragbare Lage aufmerksam machen.

Wir empfinden es als alarmierend, wenn in diesem Land Menschen sich gezwungen sehen, zu solch drastischen Mitteln zu greifen, um ihre vollkommen berechnete und nach dem Prinzip der Menschenwürde - selbstverständlichen Forderungen Ausdruck zu verleihen.

Wir möchten nicht in einem Land leben in dem Flüchtlingen die elementarsten Grundrechte abgesprochen werden. Durch die restriktive Praxis bei der Vergabe von Arbeitserlaubnissen und die häufige Verhängung völliger Arbeitsverbote wird ihnen nicht nur das Recht auf Arbeit, sondern auch die Arbeitssuche und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben erschwert.

Selbst, wenn Flüchtlinge eine Arbeitserlaubnis erhalten, wird ihnen der Zugang zu dieser jedoch zumeist ins Unermessliche erschwert: Oftmals werden Stellen solange ausgeschrieben, bis geprüft wurde, ob sich ein Deutscher auf die Stelle bewirbt. Flüchtlinge werden somit nicht nur zu Menschen zweiter Klasse, sondern auch zu Arbeitssuchenden zweiter Klasse degradiert.

Solche rassistischen Ausgrenzungsstrategien lehnen wir ab. Wir wissen, dass es möglich wäre, genug Arbeit und ein menschenwürdiges Leben für alle Teile der Gesellschaft zu schaffen. Um dies zu erreichen müssen wir jedoch alle zusammenhalten.

Wir unterstützen ihre Forderung nach Bewegungsfreiheit und gegen die Isolation, der freien Wahl der Nahrung und das Recht auf Arbeit im vollen und antidiskriminierenden Umfang.

Die bayerische Asylpraxis zählt deutschlandweit zu den härtesten. Eine Abkehr von Lagerzwang und Residenzpflicht sind längst überfällig. Flüchtlinge in abgelegenen Orten zu isolieren, ihnen das Recht auf Arbeits- und Bewegungsfreiheit zu verwehren und sie mit Sachleistungen statt mit Bargeld zu versorgen ist menschenunwürdig und ein politischer Missstand, gegen den wir alle aktiv werden müssen!

Daher fordern wir das Bayerische Staatsministerium auf, diesen Forderungen bedingungslos nach zu kommen und die Residenzpflicht aufzuheben und die Essenspakete abzuschaffen, um so den Flüchtlingen ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen.

Gerade wir als Gewerkschaft halten es für unsere Pflicht, uns für all diejenigen ein zu setzen, die Opfer der neoliberalen Wirtschaftsordnung, der nationalen Standortlogik und der Abschottung Europas gegen Regionen der Welt, die unseren Wohlstand auf ihren Schultern tragen, sind.

Diesem Sachverhalt liegt der Versuch zu Grunde, die Interessen der Bevölkerung eines Landes gegen Interessen anderer Länder auszuspielen, um von den eigentlichen Ungerechtigkeiten der menschenverachtenden Wirtschaftsordnung abzulenken. Wir solidarisieren uns daher mit den Menschen,

die sich ganz unten in dieser Ausgrenzungskette befinden, und denen selbst das bloße Recht auf Arbeit verwehrt wird.

Daher wünschen wir unseren Kolleginnen und Kollegen in den Flüchtlingslagern viel Erfolg bei dem Kampf für ihre selbstverständlichen (Menschen)rechte und wollen sie nach unseren Kräften dabei unterstützen.

Mit solidarischen Grüßen